

Aufhebung des Verbotes parteipolitischer Werbung an Schulen

Die Jungen Liberalen Chemnitz fordern die Aufhebung des Verbots parteipolitischer Werbung an Schulen!

Das Leben in einer Demokratie zeichnet sich durch einen Pluralismus der Interessen und durch einen Wettbewerb der Ideen aus. Mehr noch: „Demokratie ist ein Gesellschaftszustand, keine politische Form“, schrieb Alexis de Tocqueville einst und spricht damit den wünschenswerten Basisgedanken einer jeden Demokratie an.

Die Jungen Liberalen Chemnitz sehen darin ebenfalls den wohl wichtigsten Faktor, um eine Demokratie erfolgreich und lebendig zu erhalten. Eine gelebte bundesrepublikanische Kultur soll zum Leben in Deutschland dazugehören. Daher ist es widersinnig, dass gerade in der Schule die politische Aktivität per Gesetz aus dem Leben ausgeklammert wird.

Die daraus resultierende fehlende, frühe Verankerung führt allzu oft zu Politikverdrossenheit oder gar zu Radikalisierung und Emotionalisierung, was einer sachlich begründeten Entscheidung bei Wahlen oder möglichen Volksabstimmungen hinderlich ist. Außerdem sind gerade extreme Parteien, denen die bewusste Gesetzesüberschreitung weniger schwer fällt, meist Nutznießer dieser Regelung.

Aus genannten Gründen fordern wir deshalb eine Aufhebung des Verbotes parteipolitischer Werbung an Schulen. Jede Partei sowie deren Jugendorganisation soll die legale Möglichkeit erhalten, selbst zu entscheiden, ob und inwieweit sie an Schulen programmatisch tätig werden möchte.

Wir knüpfen jedoch die Bedingung daran, dass die Präsenz in Schulen nicht zum Wahlkampf genutzt wird, sondern lediglich ein Angebot gegeben wird und die Beteiligungsmöglichkeiten eines jeden einzelnen aufgezeigt werden.

Die politische Diskussion und Kommunikation stehen dabei im Mittelpunkt und dienen als Voraussetzung für eine funktionierende demokratische, pluralistische Gesellschaft. Erst dann könnte auch über eine von uns befürwortete Herabsetzung des Wahlalters sowie über eine Einführung von Volksabstimmungen nach dem Vorbild einer direkten Demokratie debattiert werden.